

WNV-Mitteilungen Nr. 37

August 2019

in den WNV-Mitteilungen Nr. 36 vor einem Jahr stand der Protest gegen den Braunkohletagebau im Mittelpunkt. Trotz Kohlegipfel im Kanzleramt und vielen Bekenntnissen zum Klimaschutz baggert RWE in Hambach und Garzweiler weiter und auch der Abriss der Häuser wurde nicht beendet. Die Folgen des Klimawandels haben sich weiter zugespitzt. Doch der Protest gegen die Untätigkeit nimmt auch zu.

Seit Ende letzten Jahres hat **Fridays for Future (FFF)** einiges in unserer Gesellschaft in Bewegung gebracht. Das konnte man so in dieser Nachhaltigkeit nicht annehmen bzw. voraussehen.

Die Schüler sind sicherlich nicht alle Engel aber man muss anerkennen, dass sie an Überzeugungskraft und Vorbild-Charakter deutlich zugenommen haben je länger sie agieren. Ihre Forderungen sind radikal, passen aber sehr gut zu der sich immer mehr abzeichnenden dramatischen Problematik des Klimawandels und der Übernutzung unserer Erde. Wir konnten uns von dem Engagement von FFF überzeugen: am Mittwoch, den 08.05.2019 wo zwei FFF-Vertreter, Ilya und Iven, bei uns in Gemünd Rede und Antwort standen und am 24.05.2019 auf der FFF-Demo in Köln. Der Einfluss, den FFF auf die Gesellschaft wie auch auf die aktuelle Politik ausüben, ist sehr hoch einzuschätzen und das innerhalb nur eines Jahres. Nun gilt es diesen Schwung zu nutzen

Die zentralen Forderungen von FFF:

- bis 2035 - CO₂ Nettonull
- bis 2030 - Kohleausstieg
- bis 2035 - 100% erneuerbare Energien
- bis 2019 - Ende der Subventionen für fossile Energie
- bis 2019 - 1/4 der Kohlekraft abschalten
- bis 2019 - CO₂ Abgabe einführen

um uns, unsere Gesellschaft und unsere Politik auf den Weg zu bringen, den der WNV als „Verein zur Förderung der Energieeinsparung und der umweltverträglichen Energien“ seit nunmehr 30 Jahren verfolgt.

Unterstützen wir FFF indem wir ihre Anliegen breit in die Diskussionen unserer Gesellschaft hineintragen!

Die Debatte um den Klimawandel hat inzwischen große Teile der Gesellschaft und der Medien erreicht. Auch in der politischen Landschaft verschiebt sich gerade einiges. Die Grünen gewinnen vor allem durch ihr klares Bekenntnis zum Klimaschutz deutlich hinzu, während die ehemaligen „Volksparteien“ verlieren. In jüngster Zeit wetteifern CDU, SPD und CSU um ihre Anerkennung als Umwelpartei. Doch die aktuellen Vorschläge zeugen nicht von Aufbruchstimmung und Handlungswillen, sondern eher von Aussitzen und Ratlosigkeit. „Nachhaltigkeit ins Grundgesetz schreiben“, „Klimaneutralität bis 2050“, „Abwrackprämie für Ölheizungen“, „Mobilität der Zukunft mit attraktiver Bahn und Öko-Autos“ u.s.w. verdrängen das konkrete Handeln entweder in die Zukunft oder kratzen lediglich an der Oberfläche des Problems. Wo bleiben die konkreten Vorschläge für die CO₂-Abgabe? Wann kommt sie? Wie hoch ist sie? Wann gehen welche Kohlekraftwerke vom Netz? Wann ist Schluss mit Subventionen für fossile Energie? Ob für die ökologischen Krisen Klimawandel, hemmungslose Vermüllung der Welt, Artensterben in dem bestehenden System überhaupt eine Lösungschance besteht, ist zweifelhaft.

Der nachstehende Kommentar von Nico Paech wurde der taz vom 27./28. Juli 2019 entnommen. Er betrachtet die Lösung des Klimaproblems von einer Seite, die sich vom Mainstream deutlich absetzt und viele unserer scheinbar unanfechtbaren Errungenschaften infrage stellt. Wir halten ihn für sehr beachtenswert und würden ihn gerne auf der WNV-Versammlung diskutieren.

Klaus Pütz / Eduard Arbach

Geplatze Seifenblase

Technologie oder die CO₂-Steuer lösen nicht das Klimaproblem. Der ökologische Ernstfall verlangt eine Neujustierung der persönlichen Freiheiten.

von Nico Paech

Was sich derzeit abspielt, entspricht jener lebensbedrohlichen Eskalation, die alle aufgeklärten Kräfte seit Jahrzehnten verhindern wollten: Der Klimawandel, die Flut an Plastik- und Elektroabfällen, das Insekten-, Singvogel- und sonstige Artensterben, die Natur- und Landschaftszerstörung, die chemische Verseuchung und Entwertung von Böden, die Strahlen- und Lärmbelastung, der Lichtsmog und so weiter. Es lässt sich kein ökologisch relevantes Handlungsfeld benennen, in dem die Summe der bekannten und neuen Schäden nicht permanent neue Rekorde erzielt hätte. Das propagierte und bequemste aller problemlösenden Regulative, nämlich ein technischer Wandel der Versorgungssysteme, versprach ein auf ständiges Wachstum angewiesenes Wohlstandsmodell von ökologischer Zerstörung zu entkoppeln. Dieser Irrweg ist nun selbst dort gescheitert, wo akribisch versucht wird, wenigstens kleine Entlastungserfolge heraus-zurechnen, etwa bei der Energiewende. Technischer Umweltschutz war nie etwas anderes und kann nie etwas anderes sein als eine räumliche, stoffliche, zeitliche oder systemische Problemverlagerung. It's the thermodynamics, stupid! Auch der zweite Hebel, nämlich eine kollektive Verständigung auf Rahmenbedingungen mit Anreiz-, Lenkungs- oder nötigenfalls Sanktionswirkung – die aktuell durchs Dorf getriebene Sau heißt CO₂-Steuer – versagt vollends. Deren Befürworter haben einen epochalen Wendepunkt übersehen: Wenn nämlich die technische Entkopplung des Wohlstandes systematisch misslingt, verändern sich nicht einfach nur Ziele und Mittel einer dann noch adäquaten Nachhaltigkeitskonzeption, sondern mehr noch die Möglichkeiten einer demokratischen Regulierung des ökologischen Problems. Genauer: Sie entfallen! Was die Energiewende politisch attraktiv werden ließ, war das Versprechen, mittels technischer Innovationen lediglich die Umrandung, aber nicht das Innere des Wohlstandskorpus umzubauen. Liebgewonnener Konsum- und Mobilitätskomfort sollte weiter bestehen und wachsen dürfen, nur eben ersetzt durch grünere Substitute mit serienmäßig eingebauter Gewissensberuhigung. Kein Wunder, dass damit Wahlen zu gewinnen waren. Nun ist diese grüne Seifenblase geplatzt. Das bedeutet, die einzig wirksame politische Steuerung kann nur noch darin bestehen, den von der Bevölkerungsmehrheit zunehmend praktizierten ökologischen Vandalismus, sein Kosenamen lautet „individuelle Freiheit“, radikal einzuschränken. Dumm nur, dass dafür demokratische Mehrheiten nötig wären. Im Klartext: Die Mehrheit müsste ihren eigenen Lebensstil abwählen, sich quasi um 180 Grad wenden, nämlich plötzlich befürworten, was seit dem Zweiten Weltkrieg jede gesellschaftliche Modernisierung auszumerzen versucht hat: Genügsamkeit, Selbstbegrenzung, Entsagung. Also Suffizienz. Ein solches politisches Wunder dürfte unwahrscheinlicher sein als eine Begegnung mit dem leibhaftigen Osterhasen. Dieses Dilemma kulminiert in einer Doppelmoral, die längst zum Normalzustand geronnen ist. Einerseits dröhnt ein unüberhörbarer Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsfuror, andererseits wird mit Zähnen und Klauen eine digitale,

kosmopolitische und konsumorientierte Lebensform verteidigt, die ökologisch suizidal nicht sein könnte. Um diese Widersprüchlichkeit zu verarbeiten, hat sich im Zusammenspiel zwischen gesellschaftlicher Mehrheit und Politikvertretern ein Zustand stabilisiert, der dem katholischen Ablasshandel ähnelt. Während sich die Lebens- und Wirtschaftsform immer nachhaltigkeitsdefizitärer entwickelt, werden zugleich – wohlgemerkt additiv – grüne Produkte (vegane, ökologische Speisen, faire Smartphones, erneuerbarer Strom etc.), Technologien (Elektromobilität, Power-to-Gas etc.) und simulierte Nachhaltigkeitsbemühungen (Verbot von Plastikstrohhalm, Gebot von PV-Anlagen auf Neubauten etc.) befördert, die bestenfalls an der Problemoberfläche kratzen. Oder sie ergießen sich in rituelle Forderungen, die abstrakt und unverbindlich genug sind, sodass sie einerseits nicht falsch sein können, aber andererseits ihre technische oder politische Realisierung in so unerreichbarer Ferne liegt (etwa eine CO₂-neutrale Wirtschaft), dass keine absehbaren Konsequenzen für die eigene Lebensführung zu befürchten sind. Damit erfolgt eine rein symbolische Kompensation, die das „Weiter so“ legitimiert, weil damit sowohl kognitive Dissonanzen therapiert werden können wie auch der Schein moralischer Korrektheit gewahrt bleiben kann. Dieser rasende Stillstand ebnet den Weg zum Abgrund. Er ließe sich nur mittels eines dritten Regulativs durchbrechen, das angesichts des kläglichen Scheiterns aller Technik- und Institutionenklemnerei auf einer anderen, nämlich zwischenmenschlichen Ebene verortet sein müsste. Gemeint ist eine Mischung aus reaktiverer, aber demokratischer Streitkultur und einem Aufstand der konkret Handelnden, die sich dem Steigerungswahn verweigern. Dieses soziale Regulativ gründet darauf, dass kein Menschenrecht auf ökologische Zerstörung bestehen kann – außer es lassen sich dafür akzeptable Gründe anführen. Aber genau das wäre dialogisch zu klären. Dies kann und darf nicht willkürlich erfolgen, sondern nach Maßgabe der Verhältnismäßigkeit. Hierzu bedarf es einer Unterscheidung zwischen essenziellen Bedürfnissen und spätrömischer Dekadenz. Nichts könnte so-zialpolitisch plausibler sein, als dort die dringend nötigen Reduktionen einzufordern, wo Handlungen galaxienweit von einer Befriedigung basaler Grundbedürfnisse entfernt sind. Es entspricht überdies jeder ökonomischen Logik, die knappste aller Ressourcen, nämlich die Nutzung der Ökosphäre, zuvörderst dort einzusetzen, wo sie die eklatanteste Not lindert. Wer wollte ernsthaft eine würdige Unterkunft, Elektrizität, notwendigen Berufsverkehr, eine Konsumausstattung, die auch maßvoll über den reinen Grundbedarf hinausreichen kann, Zugang zu maximaler Gesundheitsversorgung und Bildung sowie einen ökologisch verantwortbaren Urlaub kritisieren? Aber umgekehrt ist noch niemand erfroren, verhungert oder erkrankt, wenn er/sie keine Kreuzfahrt, keine Flugreise, keinen SUV, keine maßlose Neuanschaffung an Elektronik und anderen Konsumgütern oder keine 100 Quadratmeter Wohnfläche pro Kopf etc. in Anspruch nehmen konnte.

Wenn nackte Gewalt gegen die menschliche Zivilisation gerichtet wird, und zwar ohne erkennbare Not, entspricht es aufgeklärtem und durchaus liberalem Bürgersinn, dies im Rahmen direkter Kommunikation zu thematisieren, um Rechtfertigungsdruck aufzubauen. Dafür bieten sich viele Orte an: Schulen, Universitäten, Familien/Lebensgemeinschaften, Freundeskreise, Nachbarschaften, Wirtshäuser, Sportvereine, Partys, öffentliche Veranstaltungen und natürlich die Medien. Insoweit es absehbar um die Überlebensfähigkeit geht, sollte es unter aufgeklärten Verhältnissen nötig und möglich sein, menschliche Freiheiten mit der Frage zu konfrontieren, wie sie sich gemäß einer Verhältnis-mäßigkeit zwischen Notwendigkeit und zerstörerischem Potenzial rechtfertigen lassen.

Einen kritischen Dialog können glaubwürdig und wirksam nur Personen initiieren, die selbst eine verantwortbare Lebensführung praktizieren. Denn ein Analphabet kann einem anderen Analphabeten nicht lesen und schreiben beibringen, und jede Kritik oder Forderung entpuppt sich als Scharlatanerie und Anmaßung, wenn sie schon im Selbstversuch desjenigen scheitert, der sie erhebt.

Eine Neujustierung individueller Freiheit bedeutet weder Ökodiktatur noch Öko-Stasi. Wenn der Planet erstens physisch begrenzt ist, zweitens industrieller Wohlstand nicht von ökologischen Schäden entkoppelt werden kann, drittens die irdischen Lebensgrundlagen dauerhaft erhalten bleiben sollen und viertens globale Gerechtigkeit herrschen soll, muss eine Obergrenze der von einem einzelnen Individuum in Anspruch genommenen materiellen Freiheit existieren.

Diese kann sich nur an der Gesamtbilanz aller ökologischen Handlungsfolgen bemessen, die ein einzelnes Individuum verursacht. Längst bekannt ist, dass allein die Einhaltung des 2-Grad-Klimaschutzziels für Mitteleuropa bedeutet, dass die CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr von ca. 12 auf ca. 2 Tonnen zu senken wären. Genau daran wäre das soziale Regulativ zu orientieren, damit es nicht auf Willkür beruht.

Wer weiter auf technologische oder politische Erlösung vertraut, steuert auf eine unvermeidliche Eskalation zu. Wenn Verteilungskonflikte entbrennen und für manche der Kampf um ein würdiges Dasein beginnt, wird sich niemand mehr für eine Demokratie einsetzen, die offenkundig am Minimum dessen gescheitert ist, was Humanität bedeutet: Überlebensfähigkeit. Wer also die Freiheit bewahren will, darf sie nicht im Übermaß beanspruchen, sondern muss sie vorsorglich und freiwillig begrenzen.

Die hierzu nötige Suffizienz erweitert aber auch Handlungsfreiheiten, weil sie sich behindernder materieller sowie institutioneller Vorbedingungen entledigt. Ballast abzuwerfen, sich dem Steigerungswahn zu entziehen, verführerische Komfortangebote auch dann einfach links liegen zu lassen, wenn sie finanzierbar und legal sind, das Vorhandene als auskömmlich zu betrachten und gegen aufdringlichen Fortschritt zu verteidigen, gemeinsam mit anderen den Mut zum Unzeitgemäßen entwickeln – dies alles kostet nichts, bedarf keiner innovativen Erfindung, ist nicht von Mehr-

heiten abhängig, verstößt gegen kein Gesetz und benötigt vor allem keines. Ein friedlicher und fröhlicher Aufstand der sich Verweigernden – besser noch: ein maßvoller Wohlstands- und Technologieboykott – verbleibt als letzter Ausweg. Die Zeit der Ausreden ist vorbei.

Nico Paech lehrt als außerplanmäßiger Professor an der Universität Siegen im Bereich Plurale Ökonomik. Er hat das Konzept der Postwachstumsökonomik geprägt.

Quelle: taz 27./28. Juli 2019

WNV-Rückblick 2018/2019

nachstehend einige Aktionen, an denen der WNV im vergangenen Jahr mitgewirkt hat:

19.10.2018 Gemeinsame Mitglieder- und Gesellschafterversammlung von WNV, WNG und NEN.

10.-11.11.2018 Teilnahme des WNV-Vorstandes an der Mitgliederversammlung des SFV Solarenergieförderverein Deutschland und der Tagung: „Energiespeicher - Schlüssel für die Energiewende“ in Aachen.

01.12.2018 Demo in Köln: **Kohle stoppen**

23.03.2019 Sternmarsch am Tagebau Garzweiler: **Alle Dörfer bleiben**

So 05.05.2019 Kaller Frühlingsmarkt: **Ausstellung: PV-Anlage mit Stromspeicher und Notstromfunktion**

Mi 08.05.2019 Gemünd: Neue Schwerpunktsetzung WNV: **Energiewende tut gut – Klimaschutz sofort** unter Teilnahme von FFF-Aktivist*innen aus Köln und Bonn.

24.05.2019 Demo Köln: **FFF zur Europawahl**

29.05.-02.06. 2019 WNV Fahrradtour

18.06.2019 Vortrag und Diskussion zur Energiewende bei den Grünen in Nideggen (Klaus Pütz)



WNV Schaufenster Alte Bahnhofstraße 15, Gemünd

WNV-Fahrradtour 2019 vom 29. Mai bis 2. Juni

So schön es ist, dass viele unsere Landschaften mit dem Fahrrad entdecken, so hat es den Nachteil, dass es schwerer wird zumindest an langen Wochenenden Gruppenquartiere zu finden. So fiel unsere Absicht vom Vorjahr, die Geologie und den Vulkanismus der Eifel weiter zu erfahren, ins Wasser. Aber das Versprechen an die Kinder, die Hängeseilbrücke Geierlay in Mörsdorf im Hunsrück, war nun reif. Diesmal fuhren wir mit 6 Erwachsenen und 5 Kindern (11-16 Jahre) mit dem Zug nach Oberwesel am Mittelrhein, 1. Übernachtung in der Jugendherberge (warum müssen Jugendherbergen immer auf den höchsten Punkten liegen, wie die Ritterburgen?). Aber in der dortigen Schönburg hat uns wohl ein Nachfahre eines ehemaligen Burgfräuleins, mit Schwert in der Hand und herrlichen Burrgeschichten, begeistert. Dann hinein in den Hunsrück über Kastellaun nach Mörsdorf zur Geierlaybrücke (360m lang, 100m über dem Tal, 85cm breit, und voller Menschen aus ganz Europa). Dann Abfahrt zum 2. Quartier, dem beeindruckenden Kloster Maria Engelport. Unsere drei Jungs hat es nach dem Abendessen gepackt: Nochmal hinauf zur Geierlaybrücke, diesmal menschenleer, mit dem Fahrrad und Kopfkamera hin und zurück gerast, im Dunkeln wieder bergab und gut geschlafen. Weiter über Treis-Karden, mit der Bahn nach Traben-Trarbach, hoch nach Weiden, zur Heuherberge Faust, wie im Vorjahr, 2

Nächte in unserer Studentenbude. Ein Ruhetag war angebracht. Am letzten Tag durch den Idarwald (718m) nach Bernkastel-Kues und entlang Mosel und Lieser, ab dem Bahnhof Wittlich zurück nach Kall, wo noch vor ein paar Jahren ein Missionar gefressen worden sein soll.

Klaus Friedrichs

PV Herhahn nach 2 ½ Jahren wieder in Betrieb

Das am 8.11.2016 abgebrannte Bürogebäude in Schleiden-Herhahn wurde durch den Eigentümer nahezu baugleich wieder errichtet. So konnte nun auch die NEN PV-Anlage mit 17,6 kWp auf dem Dach wieder aufgebaut werden. Seit dem 11. Juli 2019 sind alle PV-Anlagen der NEN wieder in Betrieb.



Montage der PV-Module in Herhahn am 6. Juli 2019

Eduard Arbach

Energiewende tut gut!

Termine

Freitag, 20.09.2019	Demo von Fridays for Future in Köln: #Alle fürs Klima (weltweiter Streiktag)
Freitag, 11.10.2019 19.00 Uhr	Mitgliederversammlung des Vereins WNV Windenergie Nordeifel e.V Diskussion: „Geplatze Seifenblase“ im Kurhaus Gemünd.
Samstag/Sonntag, 09-10.11.2019	Mitgliederversammlung des SFV Solarenergieförderverein Deutschland 2019 und Tagung zum Thema Klimaschutz durch wirksame ökonomische Rahmenbedingungen in Aachen
Sonntags	der sonntägliche Waldspaziergang mit Naturführer Michael Zobel im Hambacher Forst wird weiter angeboten. Termine unter http://naturfuehrung.com
20.-24.05. 2020	WNV Fahrradtour 2020 , Auskunft erteilt Klaus Friedrichs 02444-911175

Impressum

Die WNV-Mitteilungen erscheinen in unregelmäßiger Folge als Mitteilungsblatt des WNV-Windenergie Nordeifel e.V.

Anschrift: WNV, Alte Bahnhofstraße 15, 53937 Schleiden-Gemünd.

Homepage: www.wnv-info.de; Email: wnv@wnv-info.de; WNV-Treff: mittwochs 20.00 Uhr, Alte Bahnhofstr. 15, Gemünd

WNV-Vorstand: Eduard Arbach - Oleftal 94 – 53937 Schleiden – Tel. 02445 8096 – Email: arbach@unitybox.de

Klaus Pütz - Am Heidekopf 8 – 53925 Kall – Tel. 02441 776556 – Email: klaus.puetz@t-online.de

Klaus Friedrichs - Kermeterstr. 2 - 53937 Gemünd – Tel. 02444-911175 – Email: klaus.friedrichs@online.de